

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Plenums vom 28.10.2016

Betreff: Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP)
- Antrag der Frauen Statratinnen Elke-März-Granda und Christine
Ackermann (ÖDP) vom 11.10.2016, Nr. 438, Dringlichkeitsantrag der
Frau Statratin Hedwig Borgmann vom 18.10.2016, Nr. 442 -

Referent: Dipl.-Betriebswirt (FH) Rupert Aigner

Von den 45 Mitgliedern waren 40 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

einstimmig
mit -- gegen -- Stimmen beschlossen:

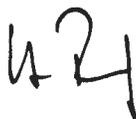
Vom Bericht wird Kenntnis genommen.

Die Stadt Landshut gibt zur Teilfortschreibung des LEP folgende Stellungnahme ab:

1. Die inflationäre Aufstufung und erhebliche Ausweitung der zentralen Orte stellt landesplanerisch einen Rückschritt dar. Vernünftige Landesplanung soll zu einer Stärkung von zentralen Orten und ihren Einrichtungen führen. Es macht wenig Sinn, in unmittelbarer Nähe von Oberzentren eine Vielzahl von Mittel- und Unterzentren auszuweisen, damit werden die Oberzentren geschwächt, sowie die Stadt-Umland-Problematik verschärft (Speckgurtelsyndrom).
2. Auch die Ausweisung von weiteren Teilräumen mit besonderem Handlungsbedarf führt zu einer Schwächung der zentralen Orte und macht sich im Kommunalen Finanzausgleich negativ bemerkbar. Die Stärkung dieser Teilräume sollte besser über eine Infrastrukturoffensive der Staatsregierung unterstützt werden.
3. Die Stadt Landshut spricht sich mit Nachdruck gegen eine Lockerung des Anbindegebietes aus (LEP E-3.3).
Auf die Beschlussvorlage des Regionalen Planungsverbandes Landshut vom 26.10.2016 – die Anlage dieses Beschlusses ist – wird verwiesen.

Landshut, den 28.10.2016

STADT LANDSHUT



Hans Rampf
Oberbürgermeister